



Ausschuss für Kommunalpolitik

30. Sitzung (öffentlich)

14. Oktober 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:05 Uhr bis 13:30 Uhr

Vorsitz: Carina Gödecke (SPD)

Protokoll: Uwe Scheidel (Fdf.) ; Ulrike Schmick

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|--|-----------|
| 1 | Aktuelle Viertelstunde | 7 |
| | Kreditvergabe an Kommunen im Nothaushaltsrecht | |
| | Auf Antrag der CDU-Fraktion | |
| | – Aussprache | 7 |
| 2 | Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen | 19 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2224 | |
| | – Der Ausschuss erörtert das Thema des Tagesordnungspunktes mit den Sachverständigen Dr. Peter Queitsch (Städte- und Gemeindebund NRW) und Dr. Christian von Kraack (Landkreistag NRW) | 19 |

3 Entwurf einer Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereiches für den Verkehrsflughafen Düsseldorf (Fluglärmschutzverordnung Düsseldorf - FluLärmDüsseldV) 24

Vorlagen 15/767 und 15/878

Nachdem der Ausschuss gehört worden ist, erteilt er der Verordnung mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen, der CDU und der FDP bei Enthaltung durch die Fraktion Die Linke seine Zustimmung.

4 Gesetz zur Änderung des § 13 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen 25

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2371

Ausschussprotokoll 15/280

Der Änderungsantrag, der sich auf den materiellen Aspekt bezieht (**Anlage 1** zu diesem Ausschussprotokoll), wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen, der CDU, der FDP und der Linken einstimmig angenommen.

Der Änderungsantrag, der die Bezeichnung des Gesetzes ändert (**Anlage 2** zu diesem Ausschussprotokoll), wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen, der CDU, der FDP und der Linken einstimmig angenommen.

Der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU zur Änderung des § 13 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen Drucksache 15/2371 wird unter Berücksichtigung der zuvor ausgeführten Abstimmungsergebnisse mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen, der CDU, der FDP und der Linken einstimmig angenommen.

5 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Eingliederung der Versorgungsämter in die allgemeine Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen – Eingliederungsgesetz – 26

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2382

Vorlage 15/769

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2382 wird ohne weitere Aussprache mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen, der CDU, der FDP und der Linken einstimmig angenommen.

6 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der personalrechtlichen und finanzwirtschaftlichen Folgen der Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts 27

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2381

Vorlage 15/768

Der Ausschuss stimmt der Empfehlung des AKUNLV sowie des Haushalts- und Finanzausschusses ohne weitere Aussprache einstimmig zu, den Gesetzentwurf der Landesregierung in unveränderter Fassung anzunehmen.

7 "Auf dem Weg in ein inklusives NRW" – Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Nordrhein-Westfalen voranbringen 28

Antrag
der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2361

– Aussprache 28

Der Ausschuss für Kommunalpolitik empfiehlt dem AGSI als federführendem Ausschuss mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der Grünen, der Fraktion Die Linke bei Enthaltung durch die Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP, den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/2361 anzunehmen.

8 Gesetz zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen (Stärkungspaktgesetz) 30

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2859

in Verbindung mit:

Echte Entschuldung der Kommunen statt kaputtsparen!

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/2848

in Verbindung mit:

Keine IWF-Politik gegenüber den Kommunen – Landeshilfen 2011 auszahlen ohne Zwangsmaßnahmen

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/2849

– Aussprache 31

Der Ausschuss verständigt sich mit den Stimmen aller Fraktionen förmlich darauf, im Sinne der Aussprache eine Anhörung durchzuführen.

9 Gesetz zur Wiedereinführung landesweit einheitlich sozialgestaffelter Elternbeiträge in der Kindertagesbetreuung und zur Fortführung der Beitragsfreiheit 32

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/2851

in Verbindung mit:

Wer regiert, ist auch für die Konsequenzen seiner Gesetze verantwortlich – Landesregierung muss das von ihr verursachte KiBiz-Chaos bereinigen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2857

– Aussprache

32

Der Ausschuss stimmt dem Verfahrensvorschlag seiner Ausschussvorsitzenden zu, zunächst die Informationen aus dem federführenden Ausschuss abzuwarten. Eine Entscheidung über die Art der Beteiligung des hiesigen Ausschusses solle am 11. November oder am 18. November fallen.

10 Wertgrenzen auch nach dem Jahr 2011 im Sinne einer beschleunigten, effizienten und transparenten öffentlichen Auftragsvergabe festlegen 34

Antrag
der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2864

Der Ausschuss stimmt dem Verfahrensvorschlag des Abgeordneten Hübner zu, den Antrag Drucksache 15/2864 ohne Votum an den federführenden Ausschuss weiterzuleiten.

11	Verschiedenes	35
a)	Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Art. 83) - Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 15/1068	35
b)	Anhörung zum Thema "Tariftreue"	35
	An der Anhörung zum Thema "Tariftreue" wird sich der hiesige Ausschuss lediglich nachrichtlich beteiligen.	
c)	Modellrechnung GFG 2012	35

* * *

5 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Eingliederung der Versorgungsämter in die allgemeine Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen – Eingliederungsgesetz –

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2382

Vorlage 15/769

Ausschussvorsitzende Carina Gödecke erinnert daran, dass der hiesige Ausschuss als federführendes Gremium zum Thema des Tagesordnungspunktes schon in seiner letzten Sitzung hätte abstimmen können, diese Abstimmung aber verschoben habe, weil auch der AGSI als mitberatender Ausschuss die Gelegenheit hätte haben müssen, das Thema zu behandeln. Der AGSI empfehle die Annahme des Gesetzentwurfs. Der Haushalts- und Finanzausschuss habe sich im Rahmen der Selbstbefassungsmöglichkeiten ebenfalls mit dem Gesetzentwurf beschäftigt und empfehle auch Zustimmung.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2382 wird ohne weitere Aussprache mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen, der CDU, der FDP und der Linken einstimmig angenommen.

